

6. Pensionsautomatik macht die Pensionen sicherer

Eine Pensionsautomatik bedeutet eine Umverteilung in die falsche Richtung. Denn eine automatische Erhöhung des Pensionsantrittsalters analog zur steigenden Lebenserwartung hätte verheerende Folgen: Pensionskürzungen, eine massive Erhöhung der Altersarbeitslosigkeit und steigende Altersarmut.

Warnendes Beispiel ist Schweden: Dort werden bei steigender Lebenserwartung die Pensionen gekürzt. Schweden musste deshalb zwischen 2003 und 2013 12-mal am Pensionssystem nachjustieren. Die durch den Automatismus entstandenen Kürzungen mussten durch Steuergutschriften wieder ausgeglichen werden.

Schon gewusst? Österreich bietet derzeit bei einem Durchschnittsverdienst nach 45 Versicherungsjahren eine Bruttoersatzrate von 76,6 Prozent. Schweden – selbst unter Einrechnung der Betriebspension – lediglich 55,6 Prozent.

7. Die Deutschen machen es besser

Das Gegenteil ist der Fall, Deutschland blickt neiderfüllt auf Österreich!

Warum? Deutschland ging vermehrt von der staatlichen Pensionsversicherung ab in Richtung Kapitaldeckung: betriebliche Altersvorsorge und staatlich geförderte Riester-Rente wurden forciert. Das war ein Eigentor: rund 2 Drittel der Deutschen können sich die Beitragszahlungen in die Riester-Rente nicht leisten. Damit hat nur jeder zweite deutsche Beschäftigte eine zusätzliche betriebliche Altersvorsorge in Aussicht. Übrigens: Die Bruttoersatzrate in Deutschland liegt bei gerade mal 37,5 Prozent.

Was wir fordern – Was wir brauchen

Das staatliche Pensionssystem muss gestärkt, nicht beschnitten werden. Das geht nur mit einer hohen Beschäftigungsquote und existenzsichernden Löhnen. Firmen- und Privatpensionen können maximal eine Ergänzung, aber keinesfalls eine Alternative zum staatlichen Umlagesystem sein.

Sicherung der Beitragseinnahmen durch

- bessere Ausbildung junger Menschen
- mehr Jobs für Ältere
- Unternehmen in die Pflicht nehmen (effizientes Bonus-Malus-System)
 - Weg mit Altersdiskriminierung
 - JA zu Alternsgerechten Arbeitsplätzen
 - NEIN zu krankmachenden Arbeitsbedingungen
- Monatlicher Mindestlohn von 1.700 Euro brutto bei Vollzeit
- Weg von prekären Arbeitsformen hin zu Vollzeitbeschäftigung
- Arbeit gerechter verteilen (Abbau von Überstunden, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich)
- bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- schnellere und langfristige Wiedereingliederung von Frauen nach erziehungs- oder betreuungsbedingten Erwerbsunterbrechungen
- Ausbau der sozialen Dienste für Kinderbetreuung und Pflege
- Verstärkte Bekämpfung von Arbeitslosigkeit – denn: mehr Jobs, mehr Beiträge

Impressum

Medieninhaber: Arbeiterkammer Salzburg, Markus-Sittikus-Straße 10, 5020 Salzburg, T: +43 (0)662 8687, ak-salzburg.at
 Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz siehe ak-salzburg.at/impressum
 Zulassungsnummer: AK Salzburg DVR 003 1208
 Autorin: Mag.^a Ingrid van Tijn; Redaktion: Stephan Gabler
 Grafik: Gabriele Gallei
 Titelfoto: stock.adobe.com@Halfpoint
 Druck: Eigenvervielfältigung
 Verlags- und Herstellungsort: Salzburg

Stand: März 2018



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

MYTHOS „PENSIONEN“

ARGUMENTE, WARUM UNSERE PENSIONEN SICHER UND LEISTBAR SIND



■ Dieses Service ist dank Ihres AK-Beitrags möglich

Mythos „Pensionen“

Ein Dauerbrenner – medial und öffentlich: Das staatliche Pensionssystem sei angeblich bald nicht mehr finanzierbar, weil immer mehr Pensionisten immer weniger Beitragszahlern gegenüberstehen. Doch die Finanzierbarkeit hängt auch von anderen Faktoren ab. Zum Beispiel vom Arbeitsmarkt. Denn: Möglichst viele Beschäftigte mit guten Einkommen bedeuten mehr Beiträge ins Pensionssystem.

Also: Schauen wir genauer hin. Dieser Folder listet die häufigsten Mythen rund um das staatliche Pensionssystem auf und unterzieht sie einem Faktencheck. Damit Sie mit Sachlichkeit punkten.

1. Die Kosten explodieren

Das staatliche Pensionssystem verursacht natürlich Kosten. Aber das ist bei weitem nicht so dramatisch, wie viele gern behaupten. **Richtig ist, dass die Ausgaben für die Pensionen laut Gutachten der Pensionskommission weitgehend stabil bleiben.** Und das, obwohl es künftig einen wesentlich höheren Anteil an Menschen über 65 Jahre geben wird. Konkret: 2017 machen die Staatsausgaben für die Pensionen 13,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Bis zum Jahr 2060 wird die Steigerung lediglich 0,5 Prozent betragen.

Die Gründe: die zahlreichen Pensionsreformen der letzten Jahre greifen und die Aufwände für Beamte gehen stark zurück. Außerdem: Gute Alterssicherung hat einen Mehrwert – damit wird die Kaufkraft gestärkt. Das erhöht den privaten Konsum und kurbelt so die Wirtschaft an.

2. Bundeszuschuss sorgt für Milliardendefizit

Unser gesetzliches Pensionssystem basiert auf einer so genannten Drittel-Finanzierung: ein Drittel zahlen die Beschäftigten, ein Drittel die Unternehmen und ein Drittel übernimmt der Staat (Bundeszuschuss). 2016 hat der Staat etwa 10 Milliarden Euro dafür ausgegeben.

Aber das rentiert sich: **der Bundeszuschuss garantiert, dass im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder in Zeiten der Kindererziehung weiter auf unser Pensionskonto eingezahlt wird.** Auch die Ausgleichszulage und die Krankenversicherung der Pensionisten werden dadurch finanziert. Ohne Bundeszuschuss würde es zu massiven Pensionskürzungen für alle kommen und der soziale Ausgleich des Pensionssystems ginge verloren.

Schon gewusst? Die ASVG-Pensionen werden zu 82 Prozent von den Beschäftigten selbst mit ihren Beiträgen finanziert. Die Selbständigen finanzieren sich lediglich 50 und die Bauern nur 20 Prozent ihrer Pensionen selbst.

3. Wir brauchen weitere Reformen, um die Pensionen zu sichern

Nein, das staatliche Pensionssystem wurde ausreichend und nachhaltig reformiert. In den vergangenen Jahren gab es bereits tiefgreifende Reformen, um unser Pensionssystem leistungsfähig zu halten.

Beispiel: Seit der Pensionsreform 2005 werden bei Jahrgängen ab 1955 nicht mehr die besten Verdienstjahre zur Pensionsberechnung herangezogen. Das 2005 eingeführte Pensionskonto berücksichtigt die Lebensarbeitszeit mit allen guten und schlechten Phasen. Nicht zu vergessen: Auch das Pensionsantrittsalter wurde sukzessive angehoben.

4. Österreich geht zu früh in Pension

Das letzte Regierungsübereinkommen sah vor, das durchschnittliche Pensionsantrittsalter von 58 Jahre 4 Monate (im Jahr 2012) auf 60 Jahre 1 Monat (bis zum Jahr 2018) anzuheben. Diese Vorgabe wurde bereits 2014 mehr als erfüllt. Jetzt gehen die Österreicherinnen und Österreicher im Durchschnitt mit 60 Jahre 3 Monate in Pension, Tendenz steigend.

Solange Unternehmen nicht mehr Jobs für Ältere schaffen, nützt eine weitere Erhöhung des Pensionsantrittsalters gar nichts. Wirklich entscheidend sind eine hohe Beschäftigung und eine gerechte Einkommensverteilung.

5. Nur private Pensionen sind sicher

Die gesetzliche Pensionsversicherung arbeitet sehr wirtschaftlich. Lediglich 1,5 Prozent der Beiträge werden für den Verwaltungsaufwand verbraucht.

Im Vergleich dazu gehen bei privaten Versicherungen bis zu 30 Prozent für Verwaltungskosten, Werbung, Vertrieb und Inserate drauf. Private Pensionen sind den Schwankungen und Risiken der Finanzmärkte ausgesetzt. Viele Menschen, die eine Betriebspension bekommen, haben das in den vergangenen Jahren schmerzhaft erfahren müssen.

Es gibt keine Alternative – Sicherheit bietet nur das staatliche Pensionssystem. Die heutige Generation finanziert mit ihren Beiträgen nicht ihre eigene, sondern die Pension der Eltern und Großeltern. Das ist der Generationenvertrag. Und: Pensionsbeiträge werden nicht angespart und können damit auch nicht verspekuliert werden.